

Verlagspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit Multiplikatoren Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.95 M.
Redaktion 21366 - Geschäftsstelle 15018
Postfachkonto: Dresden Nr. 1479.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Presdenstr. 16, Holbeinstr. 46

Sächsisch-
Volkszeitung

Zum Kapitel: Regierung und Presse

Unter dieser Epithet schreibt Abgeordneter Paul
Dehlein im Organ des Vereins Deutscher Zeitungs-
verleger, dem „Zeitungs-Verlag“ (Nr. 6
vom 11. Februar) folgendes:

Am 19. Januar d. J. ist dem Sächsischen Landtag vom
Gesamministerium der Entwurf eines Gesetzes über Volks-
gehörten und Volksentscheid zugegangen. Dieser Entwurf weist
nun einen Paragraphen auf, der nicht mehr und nicht weniger
als einen Schlag gegen die Bewegungsfreiheit der Presse
enthält. Es trifft das Bestimmungen, die über den „Volks-
entscheid“ getroffen sind. Der § 13 des Entwurfes lautet fol-
gendermaßen:

„Das Gesamtministerium bestimmt den Abstimmungs-
tag und veröffentlicht ihn und den Gegenstand des Volksent-
scheides in der „Sächsischen Staatszeitung“. Betrifft der Volks-
entscheid mehrere Fragen, so wird auch der Stimmzettel des-
selben und veröffentlicht. Die Bekanntmachung ist
vor allen Zeitungen des Landes unentgeltlich
abzudrucken.“

Es sollen hier also alle Zeitungen des Reichstaates Sachsen
gezwungen werden, eine amtliche Bekanntmachung ohne jedes
Entgelt zum Ausdruck zu bringen, wenn die Regierung den Ab-
stimmungstag für den Volksentscheid ausfertigt. Das ist eine
unerhörte Zumutung, liegt auf der Hand. Diese Zumutung
erfährt aber noch eine deutlichere Beleuchtung durch den nach-
folgenden § 20 des Gesetzesentwurfes, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Kosten für die Stimmzettel, für die Vorbrücke zu
der Abstimmungsübersicht, sowie die Kosten der staatlichen Ver-
waltungsberechnungen, der Abstimmungsleiter, der Abstimmungs-
aufschüsse und des Landeswahlausschusses werden vom
Staat, alle übrigen Kosten von den Gemeinden getragen.“

Wir haben selbstverständlich nichts dagegen, wenn der
Staat es für notwendig findet, die Kosten für die Stimmzettel,
für die Vorbrücke zu den Niederschriften, für die Ermittlung des
Abstimmungsergebnisses usw., selbst zu tragen und andere
Kosten durch die Gemeinden aufbringen zu lassen. Man muß
sich aber fragen, wie denn nun angerechnet der Presse zugewen-
det werden kann, daß sie selbst dann die Kosten für die Be-
kannmachungen übernehmen soll. Wenn man den eigentlichen
Gesetzesentwurf durchschaut hat, erwartet man natürlich, daß der
Verfasser des Entwurfes darüber in der Begründung durchschla-
gende Argumente bringen wird. Das ist aber nicht der Fall.
In der Begründung wird zu diesem Kapitel folgendes ausge-
führt:

„Um die Öffentlichkeit über die zur Abstimmung ge-
langenden Fragen in möglichst weitem Kreise zu unterrichten,
soll die weitere Veröffentlichung durch alle Zeitungen des
Landes erfolgen. Da ein Volksentscheid nicht allzu häufig
vorkommen wird, erscheint es als keine unerträgliche Zu-
mutung, den Zeitungen den unentgeltlichen Ausdruck dieser das
ganze Land angehenden Veröffentlichung zur Pflicht zu
machen.“

Das muß gestehen, daß ich noch selten eine so faden-
schleimige Begründung gelesen habe, wie diese. Es ist aus diesem
§ 13 des Entwurfes und seiner Begründung erkennbar, wie
wenig auch heute noch in manchen Regierungskreisen Verständnis
für die Aufgaben der Presse vorhanden ist. Man wird un-
willkürlich erinnert an die Vorgänge in der Kriegszeit, wo ge-
wisser Generalkommandos unter Berufung auf den Kriegszu-
stand einfach die Aufnahme kostenloser Bekanntmachungen be-
fohlen haben. Jährlang ist während des Krieges dieserhalb
gekämpft worden, ohne daß wesentliche Verbesserungen erzielt
worden sind. Jährlang ist von den zuständigen Instanzen der
Presse betont worden, daß es sich hier um durchaus unbeschäd-
igte Eingriffe handle und jährelang ist darauf hingewiesen
worden, wie denn gerade die Presse dazu komme, ohne jede
Gegenseitigkeit solche Bekanntmachungen zu veröffentlichen. Ein
großer Teil der Mittel in den Generalkommandos hat in die-
ser Hinsicht keinerlei Einsicht gezeigt. Auf der einen Seite wur-
den für Heeresaufträge zum Teil unglaubliche Summen be-
zahlt. Auf der anderen Seite aber suchte man durch die kosten-
lose Veröffentlichung von Bekanntmachungen in den Zeitungen
an falschen Ende zu sparen. Rücksichtslos gingen gewisse Kreise
auch über die Kollage mancher Zeitungen hinweg.

Man durfte und mußte annehmen, daß diese Zeit der Ver-
ständnislosigkeit gegenüber den Aufgaben der Presse nun end-
gültig vorüber sein würde. Wir haben ja auch in den letzten
Jahren manche schöne Neben in dieser Hinsicht gehört. Die
Taten standen allerdings nicht immer im Verhältnis zu den
Worten, die gefallen sind. Ganz nach dem Muster der Gene-
ralkommandos ist es eine deutsche Regierung, die nunmehr ge-
schlecht den unentgeltlichen Ausdruck von Bekanntmachungen
in allen Zeitungen des Landes festlegen will. Die Regie-

runge des Reichstaates Sachsen findet es ganz selbstverständlich,
daß sie die Kosten für die Stimmzettel usw. übernimmt und
findet es ebenso selbstverständlich, den Zeitungen einfach durch
gesetzliches Diktat den Ausdruck der Bekanntmachungen aufzu-
bürden. Man hat es anscheinend nicht einmal für notwendig
gefunden, Fachleute vorher zu hören, ob die Presse eine solche
erwante Belastung tragen kann. Gerade die Begründung des
Paragraphen, nämlich, daß ein Volksentscheid nicht allzu häufig
vorkommen werde, und deshalb der unentgeltliche Ausdruck der
Veröffentlichungen als keine unerträgliche Zumutung erscheine,
zeigt auf welche schwachen Füßen dieser Paragraph ruht. Daß
ein Volksentscheid nicht allzu häufig vorkommen wird ist eine
rein subjektive Annahme des Verfassers des Entwurfes. Eine
Gewehr dafür kann er selbstverständlich nicht übernehmen.
Jedenfalls kann sich die Presse mit diesem Argument nicht zu-
frieden geben. Darüber hinaus muß die Frage noch aufge-
worfen werden, ob es überhaupt angängig ist, einer so bedeu-
tsamen Institution wie der Presse einen derartigen Zwang
aufzuerlegen. Es besteht die Gefahr, daß durch ein Verbot der-
artigen Maßnahmen, der von sehr nachteiligen Folgen begleitet
sein kann.

Es ist eine alte Geschichte, daß der Appetit mit dem Essen
kommt. Wenn einmal gesetzlich festgelegt ist, daß die Bekannt-
machungen wegen des Volksentscheides von allen Zeitungen des
Landes unentgeltlich abgedruckt werden müssen, kann sehr leicht
die hohe Bureaucratie auf den Gedanken kommen, auch bei an-
deren Gesetzen den Zeitungen des Landes solchen unentgeltlichen
Ausdruck zugunsten. Auch dieserhalb muß von vornherein gegen
einen derartigen Zwang auf das Entscheidende Einspruch er-
hoben werden. Wir wollen hoffen, daß der sächsisch-Preussische
Landtag den Aufgaben und der Bedeutung der Presse mehr Verständnis
entgegen bringt, als wie der Verfasser des Entwurfes und das
Gesamtministerium, das diesen Entwurf dem Landtage unter-
breitet hat.

Sie schweigen noch immer!

Wie haben dieser Tage aufsehenerregende Mitteilungen
über den Spreitschieber „Konrad“ Simon und seine Helfer
gebracht. Wir haben festgestellt, daß „Konrad“ Simon
einige Jahre lang Mitglied und Vertrauensmann der Deutsch-
nationalen Volkspartei ist und sich rühmt, der Arrangeur der
ganzen gegen Erzberger gerichteten Propaganda und der Infor-
mation der Helfershelfer gewesen zu sein. Die deutschnationale Presse
hält sich in ein völliges Schweigen. Diejenige Presse, die den
Kampf gegen die Korruption ganz allein auf ihr Banner ge-
schrieben zu haben vorgibt, findet kein Sterbenswörtchen zu
dieser haarsträubenden Affäre, die zum Schaden des Reiches
und Volkes dem Hauptschieber „Konrad“ Simon 75 Millionen,
seinen Helfershelfern 40 Millionen in den Schoß geworfen
haben soll. Auch in der sächsischen Presse findet man über diese
Dinge nichts. Wir müssen daher noch einmal die Frage stellen,
ob es wahr ist, daß man auch unter Jubelname höherer Bedeu-
tung — man spricht von einer Million — es fertig gebracht
hat, daß keine Veröffentlichungen darüber erschienen. Wir
fragen weiter, ob es zutrifft, daß die Nummer eines Berliner
Wochenblattes, in welcher schon ein Artikel über diesen Fall
eingegangen war, aufgekauft und eingekauft wurde? Als
einziges deutschnationales Blatt erklärt nun die „Post“, daß
Spreitschneider keinerlei Beziehungen zu dem „Konrad“ Simon,
den die „Post“ selbst als einen Betrüger und Schieber bezeichnet,
unterhalten habe. Es sei aber natürlich nicht ausgeschlossen,
daß Simon an Dr. Duffner geschrieben und ihm Material
gegen Erzberger angeboten habe. Dazu bemerkt die „Ge-
neralmia“. „Was man kann sich nicht mehr genau erinnern, ob
Simon Material gesandt hat. Aber vielleicht läßt sich noch fest-
stellen, wenn nicht mit Hilfe des Gedächtnisses, so doch sicher
unter Benutzung der deutschnationalen Mitglieder und Mitglie-
der, ob der Schwindler Simon Mitglied der deutschnationalen
Volkspartei gewesen ist. Darüber steht leider nichts in
der „Post“, wie man denn überhaupt vergeblich nach einer Mit-
teilung darüber sucht, ob die von uns behaupteten Beziehungen
zwischen Simon und angesehenen Mitgliedern der Partei, wie
sie in der Heberlassung von Autos sichtbar zum Ausdruck kommt,
wahr sind oder nicht.“ — Es muß allerdings gefordert werden,
daß in diese Vorgänge volles Licht gebracht wird. —ab.—

Kommunistische Vorbereitungen?

Die Blätter der rechtsstehenden Berliner Presse betonen
von Zeit zu Zeit Enthüllungen über Vorbereitungen der Kom-
munisten zum Bürgerkrieg. Wäre haben sich diese Enthüllun-
gen zunächst entweder als erfunden oder doch zum mindesten
als übertrieben herausgestellt. Allerdings ist anzunehmen, daß in
dieser Hinsicht zweifellos ein wahrer und berechtigter Kern
enthalten ist. Es liegt uns völlig fern, das Verhalten kommunisti-
scher Umsturzpläne zu bestreiten. Im Gegenteil es besteht
kein Zweifel, daß solche Pläne vorhanden sind und daß die Kom-
munisten nur auf einen günstigen Augenblick warten, an dem
sie glauben, loszuschlagen und ihre Pläne durchführen zu können.
Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 18. Februar (Nr. 7) be-
richtet über die Mitteilungen über die Pläne einer kommunistischen
Publikation des Reiches. Nach diesem Programm ist die
kommunistische Zivilregierung des Reiches bereits vollständig
durchorganisiert. Im einzelnen ist aus den Mitteilungen der
„Deutschen Tageszeitung“ hervorzuheben, daß die oberste resp-

lative Instanz bis zur anderweitigen Regelung der deut-
schen Sowjetmacht durch einen „Mittelkongress“ die „Reichsregie-
rung“ ist, die aus den „Reichsregulativen“ gebildet wird, die ihrer-
seits wieder aus den örtlichen Exekutiven hervorgeht. Ein
Reichsregulatives soll das Ausführungsinstrument für alle
Maßnahmen und Anordnungen auf innerpolitischem und wirt-
schaftlichem Gebiete sein. Dieser Reichsregulatives soll eine
Reihe von Kommissionen bilden, die Propaganda und alle
Angelegenheiten des öffentlichen Lebens führen sollen. Am
gleichen Tage wie die „Deutsche Tageszeitung“ bringt auch die
deutschnationale „Post“ Enthüllungen über „Vorbereitungen
zum Bürgerkrieg“. Sie behauptet, im Besitz zweier Geheim-
protokolle zu sein, aus denen die Absicht und die Vorbereitun-
gen zur Errichtung der Sowjetrepublik in Deutschland klar ein-
deutig hervorgehen. Die „Enthüllungen“ beziehen sich in der
Hauptache auf die Vorbereitungen der Kommunisten in Schle-
sien. Danach wollen die Kommunisten über alles, was bei den
verschiedenen Reichsstellen in Breslau und Oberschlesien vor-
geht, genau unterrichtet sein. In die Reichswehr sowohl wie in
die Sipo seien „so viel wie möglich Genossen“ eingeschmuggelt
worden. Diese würden beim Ausbruch der Ereignisse die Sipo-
truppen verhaften. Auch sollen nach den Enthüllungen der „Post“
die Kommunisten im Besitz von Waffen und Munition sein. In
Oberschlesien sei die Organisation fast vollständig fertig. Waf-
fenlager sollen unauffällig und allmählich gesammelt werden.
Wir müssen selbstverständlich dem genannten Blatt die Verant-
wortung für die Richtigkeit dieser Mitteilungen überlassen, die
übrigens teilweise recht abenteuerlich klingen, teilweise
nicht erhaltend. Die gleichzeitige Veröffentlichung der ange-
führten kommunistischen Pläne in zwei Blättern der Berliner
Rechtsblätter ist immerhin auffällig und rechtfertigt die Ver-
mutung, daß es sich hier mehr um eine Wahlmanöver als um die
Erfüllung wirklicher Tatsachen handelt.

Dr. v. Nahr über die Einwohnerwehr

München, 17. Februar. In der heutigen Reichstags-
sitzung, des Landtages kamen in Anwesenheit der gesamten
Staatsregierung die beiden Interpellationen der SPD. und
der NSD., betreffend die Haltung der bayerischen
Regierung zum Pariser Diktat, zur Besprechung.
Ministerpräsident v. Nahr feingeladene in Verantwortung der
Interpellation den Standpunkt der Regierung und der Koali-
tionsparteien dahin, daß die Erfüllung der Pariser Forderungen
die vollständige Bekämpfung des deutschen Volkes, insbesondere
der Arbeiterklasse, auf zwei Generationen hinaus bedeuten
würde. Das ganze deutsche Volk in allen seinen Teilen sei sich
darauf einig, daß

viele Vorschläge unannehmbar
sind. In der
Einwohnerversammlung

sagte der Redner, mußte der bayerische Ministerpräsident bei
den Berliner Besprechungen über die bayerische Einwohnerwehr
an dem bisher eingenommenen Standpunkt festhalten. Die
Einwohnerwehr ist in den schwersten Morden des Staates und
des bayerischen Volkes enthalten durch den freien Ent-
scheid des bayerischen Volkes. Die harte und hat
keinen anderen Zweck, als den Schutz der eigenen Person,
des Eigentums und der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ord-
nung des Staates. Keineswegs hat sie ihre Waffen misbraucht.
Alle innerpolitischen Befürchtungen über die
wahren Wesen sind bereits unbegründet wie die Befürchtungen
unserer Gegner, daß sie ihnen als nationalpolitisch mi-
llitärisches Instrument im Dienste der Reaktion ge-
fährlich werden könnte. Die Einwohnerwehr wird von selbst
verschwinden bei der allgemeinen Erklärung der Staat-
lichkeit. Heute schon festzuhalten, bis zu welchem Termine es
der Fall sein werde ist schlichter Unsinn. Sicher ist
nur, daß heute der Zustand noch nicht erreicht ist, der den be-
waffneten Selbstschutz der bayerischen Bevölkerung
als überflüssig erscheinen lassen könnte.

Die Umsturzversuche der kommunistischen Elemente
dürfen unermindert fort. Zu diesen Versuchen des Umsturzes
kommen die von außen. Die österreichischen Völker sind un-
mittelbar vor dem Umsturz. Die Gefahren, die Bayern
von außerhalb seiner Grenzen drohen, drohen anderen Ländern
kaum in gleichem Maße. Anzeichen dieser Lage ist die Einwohn-
nerwehr, wie vor eine nationale Lebensnotwendigkeit. In
der Einwohnerwehr liegen auch hohe soziale Kräfte. Die
Staatsregierung ist bei der Bekämpfung der kommunistischen
auf. Wenn die bayerische Staatsregierung und die „bayeri-
schen“ Koalitionsparteien im Gehalt dieser ungeheuren Ver-
antwortung zu dem Ergebnis gekommen sind, es möge an
dem bisherigen Standpunkte festgehalten werden, so ist es
niemandem, der auf politische Maßnahmen wartet, in die-
ser Entscheidung etwas anderes als ein gutes Verant-
wortungsgesicht zu erblicken.

Andeutungen, als könnte die bayerische Regierung außer
freunden Einschlüssen, oder konspirieren gar mit den Österern, um
ihre Unterwerfung zu erreichen, gehören in das Reichsbildung-
gen politischen Fortschritt.

Die Wahlzielsetzung ist nicht mehr und noch dem Be-
griff. Das gilt nach unserer Auffassung auch von dem Stand der
Entwaffnung und der Auflösung der Einwohnerwehr. Wir
haben es für unsere bestmögliche Pflicht erachtet, dies zu unter-
stützen, auch der Reichsregierung mit allem
Nachdruck nahe zu bringen. Sollte die Reichsregierung
zu der Auffassung gelangen, sich diesem Standpunkt nicht an-
schließen zu können, so möchte sie für alle Maßnahmen auch die
ausdrücklich Verantwortung nach jeder Richtung tragen.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von den Koali-
tionsparteien mit Beifall und auf den Tribünen mit Handklats-
chen aufgenommen.